



STEIRISCHER NATURSCHUTZBRIEF

11. JAHRGANG

MÄRZ/APRIL 1971

Offizielles Organ der
Naturschutzbehörde,
der Landesgruppe des
ONB, der Bergwacht
und des Waldschutz-
verbandes

INHALT:

Aus der steirischen Land-
stube

Plakatierungsverbot mit
Hilfe des Presse-
gesetzes 1922

Kurz berichtet

Technische Maßnahmen
des Umweltschutzes in
der Steiermark

Aus der Naturschutz-
praxis

ONB-Pressedienst



*Umschlagbild:
Maiglöckchen,
Foto Begsteiger*

Aus der steirischen Landstube

(Auszüge aus der Landtagsdebatte zum Landesvoranschlag 1971)

Abg. Hans Brandl **Wasser — Luft — Lärm**

Der Umweltschutz mit seinen vielfältigen Problemen steht heute vielfach im Vordergrund unserer Betrachtungen. Darf ich einleitend grundsätzlich feststellen, daß wir hier selbst sowie unser gesamtes Zeitalter sehr stark im Widerstreit der Handlungen und Meinungen stehen. Einerseits verlangen wir durch bessere Technisierung, durch größere Industrialisierung, daß wir einen höheren Lebensstandard, mehr Bequemlichkeit, mehr Freizeit erreichen, und andererseits erkennen wir sehr deutlich, daß wir teils dadurch unsere Natur zerstören, unseren Lebensraum gefährden und damit für weitere Zeit hinaus unabsehbare Folgen für die Zukunft auslösen. Es ist dies ein gewaltiges Problem, das nicht nur unser Land, sondern alle Industriestaaten auf dieser Erde bewegt. Es sind die drei großen entscheidenden Fragen: Wasserverschmutzung, Luftverunreinigung und Lärmbekämpfung.

Wir wissen sehr genau, daß auch wir in Österreich schon Alarmstufe 1 auf dem Gebiet der Wasserverschmutzung haben. Wir sind nicht mehr in der Lage, unsere schönen Gebirgsbäche in jenem Zustand zu erhalten, den wir uns als Fremdenverkehrsland wünschen. Diese Verunreinigung beginnt bei den Oberläufen der Flüsse, sie setzt sich fort und beginnt drastische Formen dort anzunehmen, wo die Industrie derzeit gezwungen ist, ihre Abwässer in die Flüsse einzuleiten. Ich möchte von dieser Stelle aus auch feststellen, daß gerade diese Frage nicht nur eine Frage der Industrie, der Großbetriebe, sondern vielleicht auch überhaupt eine Frage unserer gesamten Gesinnung zu dem Problem Wasser selbst ist einer Gesinnung, die wesentlich verbessert werden müßte, wenn wir in der weiteren Zukunft bestehen wollen. Wir sind es durch Jahrhunderte hindurch gewohnt gewesen, daß wir eben in die Flüsse unsere Abfälle hineingeben. Dieser Abfall ist durch die Technisierung und Industrialisierung in einem gigantischen Ausmaß gestiegen und führt heute zu Problemen, die uns allgemein bewegen.

Die entscheidende Frage ist nun, was wir tun können. Wir sind der Meinung, daß gerade beim Problem Wasserverunreinigung die gesetzlichen Regelungen ausreichend wären, nur ergibt sich die Frage, ob diese Gesetze auch entsprechend angewendet werden. Eine weitere Frage ist die, ob wir überhaupt die Möglichkeiten haben, die endgültige Konsequenz aus der Gesetzesanwendung zu ziehen, weil wir sehr genau wissen, daß das mit sehr entscheidenden finanziellen Aufwendungen verbunden ist. Es ist darüber hinaus notwendig, durch freiwillige Leistungen das Problem zu mildern. Es soll anerkannt werden, daß sich heute viele Gemeinden, z. B. die Gemeinden des Müürztales im Müurzverband, bemühen, zu Verbesserungen zu kommen. Aber das ist zu wenig, da muß noch wesentlich mehr getan werden. Dazu gehört, daß, im gesamten gesehen, eine viel stärkere Aufklärung der Bevölkerung erforderlich ist, weil es sich hier um Grundfragen handelt. Jedem einzelnen Österreicher und damit auch jedem einzelnen Steirer muß klargemacht werden, daß Wasser eine sorgfältig zu nutzende Mangelware ist. Erst wenn diese Erkenntnis durchgedrungen ist, wird es leichter sein, zu zielführenden Maßnahmen zu kommen.

Nun zum zweiten Problem, zur Reinhaltung der Luft: Hier ist festzustellen, daß wir unbedingt bessere Kontrollen anzustreben haben. Es wird auch hier ein sehr weiter Weg sein, und wir werden in erster Linie bei der Aufklärung beginnen müssen, weil wir wissen, daß derzeit noch sehr viel

Gleichgültigkeit — ich möchte fast sagen Ablehnung gegenüber diesen Problemen — in weiten Kreisen der Bevölkerung besteht. Österreich — daher auch die Steiermark — ist ein Fremdenverkehrsland. Wir haben unser ganzes Augenmerk darauf zu richten, daß wir gerade bei der Luftverreinigung jene Grenzen setzen und jene Ordnung treffen, die uns auf weitere Sicht hinaus auch als Fremdenverkehrsland bestehen lassen können. Für eine Lösung dieses Problems wird es sehr entscheidend sein, daß die Kompetenzen abgeklärt und entsprechende gesetzliche Voraussetzungen getroffen werden.

Zur letzten Frage, zur **Lärmbekämpfung** Hier glaube ich sagen zu können, daß diese eine gesundheitspolitische, eine sozialpolitische und damit für uns alle zusammen eine gesellschaftspolitische Aufgabe darstellt. Wir haben drei Arten von Lärm zu unterscheiden: den Betriebslärm, den Verkehrslärm und den Wohnlärm. Dabei müssen wir uns im klaren sein, daß wir im Zeitalter der Technik, der Motoren, nicht verhindern können, daß Lärm erzeugt wird. Es geht vielmehr um die Frage, wieweit man diesen Lärm entsprechend eindämmen kann, und ich glaube, daß dies ein riesiges Aufgabengebiet für unsere Mediziner, Techniker und Juristen ist, damit durch ein entsprechendes Programm die Voraussetzungen einer Lärmbekämpfung getroffen werden

Sehr entscheidend für die Lösung dieser gesamten Probleme wird es sein, ob es uns gelingt, eine eindeutige Klarstellung darin zu treffen, daß wir Wohngebiete einerseits, Industriegebiete andererseits und auch die dazugehörigen notwendigen Erholungsräume in unserem Lande zur Verfügung stellen können. Umweltschutz ist eng verbunden mit der Landschaftspflege, und nur, wenn wir von dorthier die Probleme meistern können, werden wir auch imstande sein, hier einen Fortschritt zu erreichen. Ich glaube, wir brauchen hier nicht von vorne zu beginnen, es gibt bereits Erkenntnisse in anderen Staaten, die sich ebenso mit diesen Problemen auseinandersetzen haben. Ein Beispiel aus Schweden: Seit 1. Juli 1967 gibt es dort eine **Zentrale Verwaltungsbehörde für Landschaftspflege** auf Grund gesetzlicher Maßnahmen, die sich mit vielfältigen Aufgaben, von der Wasserreinhaltung bis zur Förderung der Freizeitgestaltung in der Natur, zu beschäftigen hat. Wir hätten hier ein sehr schönes Beispiel, das auch auf Österreich angewendet werden könnte

Abg. Dipl.-Ing. Eberdorfer: Welche Konsequenzen ?

Es hat 600.000 Jahre gebraucht, bis die Menschheit eine Milliarde erreicht hat, für die zweite Milliarde nur noch 130 Jahre; in weiteren 40 Jahren war wieder eine Milliarde Zunahme erreicht; die letzte Milliarde in 15 Jahren. Wir schätzen, daß in den nächsten 30 Jahren wieder drei Milliarden Menschen mehr auf dieser Welt sein werden. Die jährliche Zunahme beträgt 70 Millionen Menschen. Das bedeutet, daß eine zunehmende Knappheit des Ernährungs-, Wohn- und Erholungsraumes auftritt. Alle Menschen brauchen Nahrung, Wasser und Luft. Je mehr Menschen diese Erde bewohnen, um so mehr Autos, Fabriken, Chemikalien, Gase, Staub, Ruß, Abwässer und Abfälle wird es geben. Es ist daher keine Übertreibung, wenn wir sagen, der Mensch ist die größte Gefahr für die Umwelt, er ist aber zugleich auch die größte Gefahr für sich selbst.

Es wurde in der Presse, in den verschiedenen Massenmedien schon eine Reihe von Beispielen über die Bedeutung des Umweltschutzes gebracht. Darf ich hier einige erwähnen:

Messungen haben ergeben, daß die Luft beim Michaelertor in Wien einen Konzentratgehalt von krebsförderndem Benzpyrin aufweist, der einer Konzentration des Rauches von 180 Zigaretten entspricht.

Wir wissen, daß nur 1% des gesamten Wasserhaushalts der Erde Süßwasser ist und daß etwa im Ruhrgebiet das Wasser siebenmal als Nutzwasser gebraucht werden muß, bevor es die Möglichkeit hat, in den atmosphärischen Kreislauf eingeschaltet zu werden. Das führt dazu, daß man heute schon in diesem Grundwasser, das immer wieder als Trinkwasser verwendet wird, u. a. Rückstände der „Pille“ findet

Es ist ferner bekannt, daß die Schwefeldioxydabgase vom Ruhrgebiet die Wälder Südschwedens zum Absterben bringen wie die Fluorgase des Ruhrgebietes die Waldbestände Norddeutschlands.

In den letzten Jahren wurde auch über das Problem der Verwendung des Schädlingsbekämpfungsmittels DDT viel gesprochen. Seit 1945 haben die USA 10 Millionen Tonnen DDT erzeugt. Das ist ein Mittel, das kaum abgebaut wird. Es kommt durch den Kreislauf der Luft und des Wassers wieder in allen Bereichen der Welt zum Vorschein, mit der Auswirkung, daß z. B. Tiere, die in der Antarktis oder Arktis leben, etwa Pinguine und Walrösser, Verhaltensstörungen zeigen. Es wurde von Forschern festgestellt, daß diese auf die Konzentration von DDT zurückgehen. Ein Europäer mit einem durchschnittlichen Körpergewicht von 70 kg hat ungefähr 140 Milligramm DDT gespeichert. Das reicht aus für den Tod eines Hasen. Würde es heute noch Kannibalen geben auf der Welt, so wären wir für sie ungenießbar. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß Mediziner ernstlich davon abraten, noch die Muttermilch zur Ernährung der Säuglinge zu verwenden, weil sie eine erhöhte Konzentration an DDT aufweist. Und diese Beispiele könnte man beliebig fortsetzen, etwa mit der Feststellung, daß es in 100 Jahren in den Ozeanen kein Leben mehr gibt, wenn die Verschmutzung und Verseuchung so weitergeht.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Situation?

Die erste Konsequenz ist die, daß wir dazu beitragen, daß sich die Erkenntnis durchsetzt, Naturschutz ist Umweltschutz und zugleich Menschenschutz. Es geht heute nicht darum, das Überleben irgendwelcher seltener Tiere oder Pflanzen zu sichern, sondern es geht um die Frage, ob auch in Zukunft unsere Nachkommen auf dieser Welt noch leben können. Wir müssen die öffentliche Meinung mobilisieren, wir müssen ankämpfen gegen Oberflächlichkeit, gegen Gedankenlosigkeit, und vor allem müssen wir ankämpfen gegen die berühmte „Hinter-mir-die-Sintflut“-Mentalität. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß das Europäische Naturschutzjahr und in zwei Jahren das Weltnaturschutzjahr geeignet sind, diese Probleme noch mehr in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen. Ich möchte darauf hinweisen, daß das Wirtschaftsförderungsinstitut bereits eine Beratungsstelle für Fragen des Umweltschutzes eingerichtet hat.

Die zweite Frage, und die wurde hier gestern und heute schon einmütig festgestellt, ist die Frage der Finanzierung. Es ist sicherlich richtig, daß mit gutem Willen und Appellen allein diese Probleme nicht gelöst werden können. Die Reinigung etwa der Industrieabwässer, die Verhütung der Luftverschmutzung sind nur möglich, wenn dafür Milliardenbeträge zur Verfügung stehen. Das wird die Belastungsmöglichkeit der einzelnen Unternehmungen weitestgehend übersteigen. Wir können daher ohne Übertreibung feststellen, daß alle, die auf dieser Welt leben, in Zukunft dafür mehr zahlen werden müssen, um gesundes Wasser trinken, gesunde Luft atmen und gesunde Nahrung genießen zu können.

Ein Vergleich der verschiedenen Budgetsummen gibt hier einen interessanten Einblick: In den Vereinigten Staaten werden heute rund 2% des Budgets für Umweltschutz ausgegeben; in der Bundesrepublik Deutschland sind es

0,06 %, und im Bundesbudget 1971, wenn man die 24 Millionen Schilling zum Wasserwirtschaftsfonds, der gezielt für die Reinhaltung der Seen und Flüsse verwendet wird, dazurechnet, kommt man auf eine Prozentsumme von 0,02. Es ist bekannt, daß die Steiermark für Naturschutzzwecke im nächsten Jahr eine Erhöhung von 100 % oder 1,3 Millionen Schilling als Gesamtaufwand vorgesehen hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß in diesen Fragen der Politiker eine besondere Verantwortung hat. Wieweit erkennen wir die echten Fragen und wieweit wollen wir diese Probleme wahrhaben? Ich möchte noch weitergehen und sagen, daß wir vielleicht viel zu sehr mit politischen Tagesfragen beschäftigt sind und dabei ganz übersehen, daß unsere Kinder einer recht zweifelhaften Zukunft entgegengehen. Die politischen Instanzen haben bestehende Gesetze anzuwenden, und sie haben die Gesetze den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Hier also haben die Landtage und auch der Steirische Landtag Verantwortung und aus dieser Verantwortung heraus Initiativen zu entwickeln.

Abg. Karl Lackner **Oh, Marilha!**

Im Jahre 1968 hat die Erdölgesellschaft Martha den Antrag eingebracht, daß sie in der Gemeinde Stainach neben dem Exportschlachthof, neben der Molkerei ein Großtanklager errichten darf. Wir haben uns natürlich zur Wehr gesetzt. Da wurden maßgebliche Experten von der Martha herangezogen. Wir haben darauf hingewiesen, daß durch die aufsteigenden Benzindämpfe das Fleisch einen Geruch bekommt und verdorben wird. Experten haben gesagt, das stimmt nicht, weil der Wind im Ennstal von Westen nach Osten geht, und das Tanklager ist östlich vom Schlachthof. Da hätte man nur einen Jäger gebraucht, der weiß genau, daß der Wind sich im Tag drei- bis viermal dreht. Wir haben weiters darauf hingewiesen, daß eine echte Gefahr der Verschmutzung des Wassers besteht, wenn ein Tankwagen umschmeißt oder ein Kessel leck wird.

Wir haben schon in der Volksschule gelernt, daß das Wasser hinunterrinnt. Daß aber unsere Brunnen, die wir für unsere Molkerei und für den Schlachthof brauchen, tiefer liegen als die Tanklager, daß dadurch ein Trichter und ein Sog bei einem Unglücksfall entstehen und der Schmutz ins Wasser kommt, haben die nicht verstanden. Und so haben die Dinge ihren Lauf genommen. Wir haben nun den Bescheid vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie erhalten, dem Antrag der Martha wurde stattgegeben. Sogar die steirische Sanitätsbehörde hat ja gesagt, allerdings unter der Voraussetzung, daß alle Bedingungen erfüllt werden. Nur die steirische Veterinärdirektion hat sich klar hinter uns gestellt und hat abgelehnt. So schaut es in Wirklichkeit aus!

Abg. Buchberger: **Die kleine Ebene**

Man könnte unter Umständen der Meinung sein, wir brauchten uns auf Landes-, Bezirks- oder Gemeindeebene in der Frage des Naturschutzes nicht zu sehr zu exponieren, es sei ja schon durch die Erstellung eines Humanprogramms für die nächste Zeit vorgesorgt und darum jedes Bemühen auf kleiner Ebene überflüssig. Trotzdem möchte ich zu all den gedachten Maßnahmen sagen, daß es nach wie vor unsere Aufgabe sein muß, diese Fragen konkret zu behandeln und zu beurteilen. Ich möchte vor allem grundsätzlich erwähnen, daß es notwendig wäre, im Zuge der Erstellung eines Steiermarkmodells darauf hinzuweisen und es als notwendig anzusehen, eine entsprechende Ab-

grenzung zwischen Erholungs- und Industriegebieten zu setzen. Es gibt bei uns im Land Steiermark noch Gegenden und Gebiete, von denen man bis zur Zeit behaupten kann, daß sie bis zu einem gewissen Grad von der Umweltverschmutzung und dergleichen noch nicht in dem Maße berührt wurden, wie das in verschiedenen Industriegebieten der Fall ist. Es soll klar festgelegt werden, in diesen oder jenen Gebieten wird die Erholung, auf Sicht gesehen, einmal das Um und Auf sein, und in diesen oder jenen Gebieten ist eine fremdenverkehrsstörende Industrie nicht möglich. Wenn wir auch immer wieder als Vertreter eines Bezirkes oder einer Gemeinde versuchen, die Belastungen auf die höhere Ebene abzuschieben, so meine ich, daß damit, auf Sicht gesehen, nicht gedient ist. Es erscheint vor allem notwendig, daß wir als Vertreter von Gemeinden oder Bezirken immer wieder die Möglichkeiten suchen, um entsprechende Initiativen zu entwickeln. Gerade die Gemeinden haben solche Möglichkeiten, entsprechenden Einfluß auf die Erhaltung unserer Landschaft auszuüben. Wenn ich daran erinnere, daß es noch viele Gemeinden in unserem Land gibt, denen eine Müllabfuhr völlig fremd ist, obwohl jeder Bürgermeister wissen müßte, daß er gesetzlich dazu verpflichtet ist, möchte ich sagen, daß es künftig verpflichtend für jede unserer Gemeinden im Lande sein müßte, die Müllabfuhr bis ins Detail zu organisieren; daß es ferner für jede Gemeinde verpflichtend sein müßte, rigoros vorzugehen bei Bauverhandlungen, daß die Abwässerfragen geklärt werden — sowohl bei Gründung von Industrieanlagen als auch beim Bau von Einfamilienhäusern. Es muß immer wieder die Feststellung gemacht werden, daß man über diese Dinge hinweggeht. Ich erachte es ferner für notwendig, daß wir in den Schulen in verstärktem Ausmaße die Kinder laufend auf die Notwendigkeit der Reinhaltung der Landschaft aufmerksam machen, daß wir ferner so weit kommen müßten, daß wir in der Steiermark eine „Woche der Sauberkeit“ einführen und in jeder Gemeinde einen „Tag der Entrümpelung“ organisieren. In bezug auf die Reinhaltung der Landschaft taucht die Frage auf, wer soll in Hinkunft unsere Landschaft pflegen? Es ist für mich bedauerlich, daß man ab und zu durchhören muß, wenn es um Subventionen für den Bergbauern geht, daß dies sehr kritisch betrachtet wird. Ich möchte in diesem Zusammenhang eines sagen, nämlich, daß der Bergbauer in unseren Alpengebieten, die heute noch als Erholungsgebiete anzusehen sind, jene Aufgaben zu erfüllen hat, wie z. B. der Gärtner, der etwa am Grazer Hilmteich die Parkanlagen zu pflegen hat. Es ist daher notwendig, wenn wir unsere Landschaft auch für die Zukunft erhalten wollen, den bergbäuerlichen Belangen in diesem Zusammenhang erhöhte Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Wenn wir uns bewußt sind, welche Aufgaben wir als Vertreter einer Gemeinde oder eines Bezirkes zu erfüllen haben, und wenn uns das Land entsprechend unter die Arme greift, wird es weitgehend möglich sein, in bezug auf die Reinhaltung der Landschaft, der Luft und des Wassers entsprechende Vorsorge zu treffen. Wir haben beim Land auch Leute, die immer wieder betont auf diese Notwendigkeiten aufmerksam machen. Ich denke hier z. B. an ORR. Dr. Fossel, der bei jeder Veranstaltung mit Nachdruck auf diese Notwendigkeiten hinweist, oder an die maßgeblichen Leute draußen in den ländlichen Gebieten, z. B. an die Bergwacht, Gendarmerie, Jägerschaft, Bürgermeister, Gemeindevertreter usw. Gemeinsam müßten wir doch in der Lage sein, die aufgezeigten Gefahren bis zu einem gewissen Grad zu bannen, um so auch in der Zukunft die Sicherheit zu haben, daß sich unsere Städter in den ländlichen Gebieten zu erholen vermögen.

Abg. Haas Dank an die Bergwacht

Das Naturschutzjahr 1970 hat Anlaß geboten, die brennend aktuellen Probleme des Umweltschutzes den Menschen unserer Tage sehr nachdrücklich

ins Bewußtsein zu rücken. Wie sehr diese Frage auch im Mittelpunkt des Interesses dieses Hohen Hauses steht, das mögen die vielen Wortmeldungen beweisen, die es heute vormittag dazu gegeben hat. Ich bin der fünfte oder sechste, der dieses Thema anfaßt. Es ist mir das Wasser zu meiner Rede Fluß schon arg abgegraben. Gestatten Sie mir dennoch, einige Betrachtungen dem bisher Gesagten hinzuzufügen. Wir haben im Naturschutzjahr versucht, sehr drastisch die Gefahren aufzuzeigen, die der überzivilisierten Menschheit gerade aus dieser Überzivilisation heraus drohen. Die etwa in der Aussicht gipfeln, daß in 100 Jahren diese unsere Welt vielleicht nur noch ein einziger Müllhaufen sein könnte, überlagert von einem giftigen Pesthauch, der sich Luft nennt, und umspült von einer stinkenden Brühe, die einmal Wasser war. Eine Vision, die der Apokalypse entstammen könnte. Dieses Naturschutzjahr 1970 hat uns nicht nur den Ernst der Situation aufgezeigt, sondern hat Anlaß gegeben zu einer Reihe von Aktivitäten. Es hat aber auch Anlaß gegeben, den Abschnitt „Naturschutz“ im Budget geradezu zu verdoppeln; jenen Abschnitt „Naturschutz“, der bisher recht stiefmütterlich behandelt worden ist. Es sind 550.000 S mehr als Naturschutzsonderbeitrag vorgesehen, und neben verschiedenen anderen Verbesserungen wird unsere Steirische Bergwacht einen erheblichen, und zwar erhöhten Beitrag im Jahr 1971 erhalten. Ich glaube, daß dieses Naturschutzjahr uns Anlaß sein sollte, den Männern der Steirischen Bergwacht ein Wort ganz besonderen Dankes zu sagen für ihren selbstlosen, von Idealismus getragenen Einsatz, den sie nun schon mehr als 15 Jahre in diesem Land leisten.

All diese Jahre waren die Bergwächter die Bannerträger des Naturschutzgedankens; die Rufer in der Wüste der Gleichgültigkeit und Oberflächlichkeit, und sie waren in diesem Jahr die Träger der sehr umfangreichen Aktivitäten. Über 40.000 Einzeleinsätze, über 1500 Gruppeneinsätze wurden in diesem Jahr von ihnen geleistet. Unzählige Kurse und Vorträge wurden abgehalten und damit versucht, den Menschen die Probleme des Umweltschutzes, des Naturschutzes und des Landschaftsschutzes nahezubringen. Naturschutz soll nicht Polizeieinsätze und Strafsanktionen sein, außer in letzter Konsequenz gegenüber allzu unbelehrbaren Sündern, sondern Naturschutz soll in erster Linie Bildungs- und Aufklärungsarbeit sein. So möchten auch unsere Bergwächter ihre Tätigkeit nicht als die von Wald- und Wiesenpolizisten verstanden wissen, die den Schritt des Wanderers belauern, bespitzeln und dann drohend aus dem Gebüsch hervortreten, wenn er sich eine Blume auf den Hut steckt, sondern unsere Bergwächter wollen unsere Freunde und Berater sein, die uns belehrend und aufklärend gegenüberreten. Daß unsere Bergwächter es verstehen, sehr handfest anzupacken, das haben sie auch im heurigen Jahr bei den großangelegten Müllsäuberungsaktionen bewiesen, bei denen Unmengen von Müll und Unrat in der Landschaft aufgefressen worden sind und abtransportiert wurden. Es ist erschütternd, wie leicht sich unsere lieben Mitbürger die Lösung des Abfallproblems vorstellen. Die Landschaft um unsere Städte und Dörfer herum wird immer mehr zu einem Abfallkübel. Wenn Sie in den Wäldern um Graz herum unterwegs sind, so können Sie Berge von alten Flaschen, Autoreifen und alten Badezimmereinrichtungen sehen, die zwar ein sehr anschauliches Bild vom gegenwärtigen Stand der Zivilisation und Lebenshaltung geben, aber nicht gerade Zeugnis von einem hohen Stand an Kultur. Ich glaube, es ist so, daß man in der Steiermark schätzt, daß es im Jahr eine halbe Million Kubikmeter Müll und Unrat sind, die auf diese Art und Weise Verwendung finden, um unsere Landschaft zu „verschönern“. Ich meine, daß wir uns wirklich ernsthafte Gedanken machen sollen, nachdem all die bisherigen Appelle und Mahnungen sehr wenig gefruchtet haben, hier doch stärkere gesetzliche Handhaben zu schaffen. Ich denke an eine Novellierung des Müllabfuhrgesetzes aus dem Jahre 1949 oder auch an die Schaf-

fung eines eigenen steirischen Abfallgesetzes, um dieser Landschaftsplage ein wenig Herr zu werden. Schön wäre es gewesen, wenn wir in diesem heurigen Naturschutzjahr das Steirische Naturschutzgesetz in diesem Hohen Haus verabschieden hätten können, zumal es im Entwurf bereits seit einiger Zeit fertiggestellt ist. Da sich gewisse Schwierigkeiten in den Verhandlungen mit dem Innenministerium ergeben haben, ist es eben heuer doch nicht so weit, und wir werden bis zum Jahr 1971 zuzuwarten haben, in dem wir hoffen, das Steirische Bergwachtgesetz verabschieden zu können, das seit langem auf der Wunschliste steht.

Es freut mich feststellen zu können, daß wir einige Projekte von dieser Wunschliste des Naturschutzes als erfüllt abstreichen können. Ich denke hier an die Einrichtung eines Naturschutzgebietes in der herrlichen Raabklamm, oder ich denke an den Ankauf des Furtnersteiches.

Auf der Wunschliste des Naturschutzes bleibt aber weiter die Errichtung von Naturparks stehen. Ich denke hier an die Einrichtung eines Naturparks im Ausseerland oder in Mautern oder im Semriacher Kessel oder auch in den Leibnitzer Sulm-Auen. Ebenfalls auf der Wunschliste verbleibt der Ankauf des Alpengartens Rannach, für den ich hier gerne eine Lanze brechen möchte; nicht allein deswegen, weil ich sehr nahe davon zu Hause bin und hier aus lokalpatriotischen Gründen dafür zu sprechen habe, sondern weil ich der Meinung bin, daß es unendlich schade wäre, wenn diese in wunderbarer Lage nahe bei Graz gelegene Pflanz- und Heimstätte unserer großartigen Alpenflora ausgerechnet in diesem Jahr dem Untergang preisgegeben würde. Dieser Alpengarten ist mit einem ungeheuren Idealismus von den seinerzeitigen Gründern aufgebaut worden, mit einem Idealismus, der nahezu bis zur finanziellen Selbstaufopferung gegangen ist. Es sind über 1000 Alpenpflanzen gezogen worden, die dort vermehrt und in die ganze Welt versandt worden sind, über 25.000 Jungpflanzen stehen zum Aussetzen bereit bzw. befinden sich noch in den Samenkästen. Die Lage für den Alpengarten ist nun dadurch prekär geworden, weil der bisherige langjährige botanische Leiter dieses Gartens, der nur aus purer Liebe und Begeisterung für seine Pflanzenkinder und ohne Entgelt die Betreuung dieses Gartengeländes ausgeführt hat, nun auf Grund seines Alters, er ist 83 Jahre alt, und auf Grund seines Gesundheitszustandes in Zukunft dazu einfach nicht mehr in der Lage ist. Die Universität Graz würde nun bereit sein, die Pflege und den weiteren Ausbau dieses Alpengartens zu übernehmen — vorausgesetzt, daß dort die Besitzverhältnisse geklärt werden. Es bestünde zur Zeit die Möglichkeit, dieses rund 4 ha große Gelände mit dem darauf befindlichen recht stattlichen Alpengartenhaus, das sich wunderbar als Schulungs- und Kursstätte eignen würde, über eine Art Leibrentenvertrag zu erwerben. Ich würde sehr, sehr wünschen, daß es zu einem positiven Abschluß dieser Verkaufsverhandlungen käme. Es wäre ein sehr düsterer Ausklang, wenn mit dem Ende des Naturschutzjahres dieses Naturjuwel vor den Toren der Großstadt Graz sein Ende finden würde.

Am Schluß gestatten Sie mir, ein Wort des Herrn Landtagspräsidenten zu zitieren, das er dem Naturschutzjahr 1970 in einem Artikel, den er „Es ist 5 Minuten von 12 Uhr“ benannte, vorangestellt hat. In diesem Artikel schrieb er:

„Wer sich zum Naturschutz bekennt, bekennt sich zur Ehrfurcht vor dem Leben. Es geht uns nicht nur darum, unsere heimatlich vertraute Kulisse zu erhalten, sondern es geht uns vor allem darum, den Wohn- und Lebensraum, der uns als Heimat zugewiesen ist, für die Zukunft zu verteidigen.“

Wir alle zusammen, die wir uns zu diesem Auftrag bekennen, die wir kein „politisches Süppchen“ kochen wollen, bekennen uns über alle Parteigrenzen hinweg dazu, diesen unseren Lebensraum zu erhalten und zu ver-

teidigen. Wir bekennen uns auch dazu, das nicht nur mit schönen Deklarationen und billigen Lippenbekenntnissen zu tun, sondern auch mit gesetzgeberischen Taten hier in diesem Hohen Hause, denn wir alle wollen, daß unser schönes Land auch noch kommenden Generationen als die „grüne Steiermark“ erhalten bleibt.

Plakatierungsverbot mit Hilfe des Pressegesetzes 1922

Neue Wege, was das energische Einschreiten gegen das „wilde“, die Landschaft verschandelnde Plakatieren anbetrifft, gleichsam mit allen Mitteln, nämlich mit einem Plakatierungsverbot nach dem Pressegesetz 1922, beschriftet jetzt anerkennenswerterweise die Bezirkshauptmannschaft Bruck an der Mur, um das unangebetene Plakatieren im Gemeindebereich von Pernegg abzustellen. Diese Verordnung, erschienen in der „Grazer Zeitung“, Seite 51, gemäß § 11 des Pressegesetzes 1922, BGBl. Nr. 218, erlaubt das Aushängen oder Anschlagen von Druckwerken, wozu insbesondere auch Plakate und Flugschriften gehören, an öffentlichen Orten nur an jenen Plätzen, die von der Bezirkshauptmannschaft Bruck im Einvernehmen mit dem Gemeindeamt Pernegg für diesen Zweck bestimmt und die als solche deutlich erkennbar (Anschlagtafeln) gemacht worden sind. Dann erfolgt die Aufzählung dieser „Plakatierplätze“; das Plakatieren an anderen Stellen ist bei einer Geldstrafe von 2000 Schilling oder bei einer Arreststrafe bis zu 14 Tagen verboten (§ 13 Pressegesetz).

Aus „Die Gemeinde“

Kurz berichtet:

Wald — ein Schneewasserreservoir

Niederschlagswasser in Form von Schnee kann im Wald monatelang aufgespeichert werden. Die große wasserwirtschaftliche Bedeutung bei Tauwetter liegt darin, daß die Abschmelzrate gegenüber freiem Gelände vermindert und der Abfluß von Schmelzwasser über eine längere Zeit verteilt wird. Die Meßergebnisse zeigen, daß der Winter- und Frühjahrsabfluß sehr stark von den Baumarten und dem Alter des Waldes abhängen. Mehrjährige vergleichende Schneemessungen werden die Möglichkeit geben, den Schneewasservorrat durch forstwirtschaftliche Maßnahmen wasserwirtschaftlich in gewissem Umfang zu steuern. („Wasserwirtschaftliche Mitteilungen“, Folge 12/1969.)

Italiens Küste ist für Badelustige recht zweifelhaft geworden. Rund 73,5 % des Meerwassers an den 8600 m langen Küsten gelten als verseucht — hauptsächlich durch Abwässer der eingeleiteten Kanalisation (59,2 %), durch Einleitung von Schmutzwasser aus Industriebetrieben (33,2 %) sowie durch Verunreinigung aus Schiffen. Nur vier von 234 Badeorten haben Kläranlagen.

89 Tierarten sind in den USA vom Aussterben bedroht. Nach Innenminister Hinkel handelt es sich dabei um 46 Vogel-, 14 Säugetier-, 6 Kriechtier-, 2 Lurch- und 21 Fischarten. Der Rückgang wird auf die Anwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln zurückgeführt.

Technische Maßnahmen des Umweltschutzes in der Steiermark

Vortrag von Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Herbert S ö l k n e r, Vorstand der Fachabteilung I a des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, anlässlich der Eröffnung der Naturschutzausstellung am 6. März 1971 in Leoben.

Es ist ein unbestrittener Erfolg des zum Europäischen Naturschutzjahr erklärten Jahres 1970, daß sich die Bevölkerung in einem größeren Ausmaß als vorher der Probleme bewußt geworden ist, die aus unserer Existenz und aus unserer wirtschaftlichen Tätigkeit erwachsen. Alle Welt redet nur vom Umweltschutz, vielfach ist er allerdings — wie nicht anders zu erwarten war — schon wieder zu einem Schlagwort, zu einem billigen Aufputz für die Unterhaltungsindustrie und zum Arbeitsfeld von Geschäftemachern geworden. Das Wort selbst kann man als geglückte und aussagekräftige Sprachschöpfung bezeichnen. Ein wahres Wunder ist es, daß sich hierfür ein Wort der deutschen Sprache eingebürgert hat.

Wir fragen uns zunächst, was unter dem Begriff Umweltschutz eigentlich zu verstehen ist. Das Wort drückt es an sich mit genügender Deutlichkeit aus: Schutz der Umwelt. Wovor soll nun die Umwelt, also der Lebensraum von Mensch, Tier und Pflanze, geschützt werden? Hierüber ließe sich lange debattieren, im Grunde aber sind es — zumindest aus der Sicht des Technikers — die Abfallprodukte im weitesten Sinne. Bei jedem Lebensvorgang und bei jeder wirtschaftlichen Tätigkeit entstehen Stoffe, die den Charakter von Abfällen, also von überflüssigen, wertlos erscheinenden und daher lästigen Nebenprodukten, haben, mit denen die Natur normalerweise von selbst fertig wird.

Die Konzentrierung großer Menschenmassen und Produktionsstätten auf engem Raum überfordert aber die Kräfte der Natur und hat zu weltweiten Problemen der Abfallsbeseitigung geführt.

Viele Gebiete unserer Erde sind dadurch in gewissem Sinne zu überhegten Revieren geworden, in denen die Kräfte der Natur allein nicht mehr ausreichen, das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. In einem überhegten Revier kann man durch erhöhten Abschuß regulierend eingreifen, für die Menschen verbietet sich eine solche Methode. Wir müssen daher andere Lösungen suchen.

Nach dieser kurzen allgemeinen Einleitung wende ich mich jedoch einigen konkreten Problemen des Umweltschutzes in der Steiermark aus der Sicht eines Technikers zu, der im Alltag der Verwaltungspraxis tätig ist, wobei ich mich aber schon allein aus Zeitmangel auf die wichtigsten Elemente des Umweltschutzes, nämlich auf Wasser, Luft und Lärm, beschränken möchte, obwohl das Thema damit keineswegs erschöpfend behandelt ist. Ausdrücklich ausnehmen muß ich vor allem die aus der Raumordnung oder, besser gesagt, aus deren Mängeln resultierenden Einflüsse, da dies ein umfassendes Thema für sich allein wäre.

Ich gebe Ihnen für jedes dieser drei Elemente zunächst einen kurzen Überblick über die gegenwärtigen Verhältnisse, zeige dann auf, was getan wurde und getan wird und wo nach unseren Erfahrungen die maßgeblichen Hindernisse und Schwierigkeiten im Kampf um den Umweltschutz liegen.

Gewässerschutz ist keinesfalls eine Erfindung unserer Zeit. Gesetzgebung und Verwaltungstätigkeit beschäftigen sich schon seit Jahrzehnten mit dieser Materie; Österreich verfügt über ein ausgezeichnetes Wasserrechtsgesetz,

in dem der Gewässerschutz eine dominierende Rolle spielt. Wodurch und wo sind unsere Gewässer — darunter sind sowohl Oberflächengewässer als auch das Grundwasser zu verstehen — bedroht?

Da sind zunächst die häuslichen Abwässer zu nennen. Schwerpunkte ergeben sich bei allen größeren menschlichen Ansiedlungen, Sonderprobleme stellen uns die Fremdenverkehrsgebiete mit den großen Belastungsschwankungen je nach Jahreszeit. Erhebliche Mengen an häuslichen Abwässern versickern vor allem in Streusiedlungen mehr oder weniger ungereinigt in den Boden.

Die zweite große Abwassergruppe liefern Industrie und Gewerbe, wobei wegen der sehr unterschiedlichen Beschaffenheit dieser Abwässer etwas differenziert werden muß. Die Abwässer der Eisenindustrie stammen überwiegend aus dem obersteirischen Industrieraum Leoben—Bruck—Kapfenberg—Mürzzuschlag. Hauptsorgenkinder bei den industriellen Abwässern sind aber in der Steiermark die Betriebe der Zelluloseindustrie, die im Einzugsgebiet der Mur mit fünf Werken, und zwar in Pöls, Hinterberg, Niklasdorf, Bruck und Gratkorn, und mit einem sechsten Werk in Weißenbach an der Enns vertreten sind. Sorgenkinder sind sie deswegen, weil sie einerseits in ganz erheblichem Ausmaß zu dem schlechten Ruf beitragen, den unsere Mur mit Recht im In- und Ausland genießt, und weil andererseits bei der Größenordnung der steirischen Betriebe der Zelluloseindustrie die technologisch-finanziellen Probleme der Reinigung ihrer Abwässer schier unlösbar erscheinende Hindernisse bereiten.

Zu erwähnen sind als weitere maßgebliche Gruppe die Abwässer größerer Lebensmittel- und Gewerbebetriebe, die über das ganze Land verstreut sind, aber naturgemäß ihre Schwerpunkte auch im Bereich größerer menschlicher Ansiedlungen haben, und deren Abwässer vielfach auch gemeinsam mit häuslichen Abwässern abgeleitet werden. Dazu gehören Molkereien, Brauereien, Gerbereien, Galvanikbetriebe, Textilbetriebe usw. Nicht zu vergessen ist schließlich der Bergbau mit den Schwerpunkten in Fohnsdorf, Köflach—Voitsberg und Eisenerz. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß auch die Landwirtschaft immer mehr zu einem spürbaren Faktor der Gewässerverunreinigung wird.

Am meisten verschmutzt sind in der Steiermark der Thörlbach ab Thörl, der Vordornbergerbach ab dem Werk Donawitz, der Unterlauf der Pöls und die Mur ab Zeltweg.

Die bisher erwähnten Abwässer belasten vorwiegend unsere Oberflächengewässer, deren natürliche Erneuerung jedoch relativ rasch vor sich geht. Ungleich langsamer geht sie beim Grundwasser vor sich, woraus sich eine erheblich größere Langlebigkeit eingetretener Verunreinigungen ergibt.

Woher kommen die hauptsächlichsten Gefahren für das Grundwasser? Die Versickerung häuslicher Abwässer habe ich bereits erwähnt. Ein weiteres Gefahrenmoment sind Sand- und Schottergruben. Die Schwerpunkte liegen hier im Grazer und Leibnitzer Feld, die ungeheure Mengen an erstklassigem Sand und Schotter, einem Grundbaustoff von hervorragender Bedeutung, enthalten, die aber gleichzeitig auch erstrangige Grundwasserträger von beträchtlicher Ergiebigkeit sind. Gefährdungen bringt sowohl die Ausbeutung an sich, noch schlimmer aber kann es nach der Ausbeutung werden, wenn keine Sanierungsmaßnahmen vorgenommen werden und wenn in den ausgebeuteten Gruben unkontrolliert jeglicher Unrat abgelagert wird.

Hier bietet sich gleich die Überleitung zu den Gefährdungen des Grundwassers, die sich als Müllagerungen ergeben können. Ich sage absicht-

lich „können“, denn es ist keineswegs gerechtfertigt, die Methode der Abfallbeseitigung in Form von Mülldeponien von Haus aus abzulehnen. Wesentlich ist nur, daß der Lagerplatz fachmännisch geprüft und vorbereitet und daß unter Aufsicht sachkundig abgelagert wird. Wo noch geeignete Deponieplätze zur Verfügung stehen und wo diese Voraussetzungen erfüllt werden, erweist sich die Mülldeponie als durchaus anwendbar. Erfahrungen im In- und Ausland beweisen, daß damit sogar wertvoller Landgewinn für Sportplätze, Gartenanlagen u. dgl. zu erzielen ist. Besonders möchte ich darauf hinweisen, daß vor allem die diversen Kunststoffe nach entsprechender Zerkleinerung auf diese Art am unschädlichsten zu beseitigen sind. Sie verrotten zwar nicht, sie richten aber dafür auch am Grundwasser keinen Schaden an, während sie bei der Müllverbrennung sowohl technologisch als auch wegen ihrer Verbrennungsgase doch beträchtliche Sorgen bereiten.

Schließlich ist noch auf die möglichen Gefährdungen aus dem Transport und aus der Lagerung wassergefährdender Stoffe, vor allem von Mineralölen aller Art, hinzuweisen. Hauptgefahrenpunkte sind die stark befahrenen Straßenzüge, in zunehmendem Maß leider auch die unzähligen Heizöllagerungen.

Was geschieht nun, um diesen Dingen zu begegnen? Bei den häuslichen Abwässern hat sich etwa seit 1965 eine enorme Zunahme im Bau von kommunalen Abwasseranlagen ergeben. Im Jahr 1971 ist in der Steiermark mit einem Bauvolumen von 170 Millionen Schilling zu rechnen. Der Nachholbedarf ist freilich noch sehr groß. Der größte Teil des Aufwandes geht derzeit in die Kanäle und noch nicht in die Kläranlagen, was bei der Finanznot der Gemeinden verständlich ist, denn sie brauchen dringend die aus den Kanalgebühren hereinkommenden Gelder. Es werden aber auch laufend zentrale Kläranlagen gebaut. Die Gemeinden leisten auf diesem Gebiet Beachtliches; aus dem Bezirk Leoben möchte ich nur auf Trofaiach, Niklasdorf und Mautern hinweisen sowie auf den konsequenten Fortschritt im Kanalbau der Stadt Leoben. Eine große technische und finanzielle Leistung vollbringen die Gemeinden des Mürztales, die im Rahmen des Mürzverbandes an einer großzügigen Lösung der Kanalisierung und Abwasserreinigung zwischen Spital a. S. und Kapfenberg arbeiten. Es wird jedenfalls in der gesamten Steiermark Jahr für Jahr an zahlreichen Abwasseranlagen gebaut, und alljährlich wird eine Reihe davon fertig.

Auch die Stadt Graz hat zugesichert, noch heuer mit dem Bau der Kläranlage zu beginnen. Die Tendenz geht nach großräumiger Abwasserwirtschaft; als Beispiele nenne ich die Projekte Bad Aussee — Altaussee — Grundlsee, Schlading — Rohrmoos, Voitsberg — Bärnbach — Rosenthal, Leibnitz — Kaindorf — Wagna. Auf dem Sektor der kommunalen Abwässer ist die Situation also durchaus optimistisch zu beurteilen. Die Kostenschätzungen für die im Einzugsbereich der Mur noch aufzuwendenden Beträge zum vollständigen Ausbau der kommunalen Abwasseranlagen liegen bei 2,3 Milliarden Schilling. Wenn weiterhin pro Jahr die Mittel wie für 1971 zur Verfügung stehen, könnte dieses Problem in 15 bis 20 Jahren praktisch als gelöst angesehen werden.

Bezüglich der Industrieabwässer ist eine so konkrete Vorschau leider nicht möglich. Einflchten möchte ich, daß die Wasserrechtsbehörden selbstverständlich bei jeder industriellen und gewerblichen Neuanlage oder Erweiterung mit großer Sorgfalt und Strenge vorgehen und daß dabei keinerlei Ableitung ungereinigter Abwässer mehr geduldet wird. Gelegentliche Pressemitteilungen, daß bei neuen Anlagen unangebrachte Toleranz geübt wird, sind daher nicht richtig. Die Sanierung bei bestehenden Betrieben bringt allerdings viele Sorgen und Probleme auch recht-

licher Natur, obwohl auch hier schon vieles geschehen ist. Ich erinnere an die Sanierung des Erzbaches durch Errichtung eines Schlammeindickers am Erberg, die Sanierung der Kohlenwäsche in Fohnsdorf, an viele Sanierungsmaßnahmen in der Papierindustrie, an Neutralisierungsanlagen und andere Reinigungsanlagen in der Eisenindustrie usw. Große Hoffnungen setzen wir in die geplante Sinterbandanlage im Werk Donawitz, von der wir eine erhebliche Entlastung des Vordernbergerbaches und gleichzeitig auch eine Milderung der Staubentwicklung aus der Erzrösterei erwarten. Nach jahrelangen Bemühungen vor allem der steirischen Stellen ist es gelungen, Förderungsmittel aus dem Wasserwirtschaftsfonds auch für Abwasseranlagen der Industrie und des Gewerbes zu gewähren. Die Dotierung und die Attraktivität der Förderung sind noch etwas bescheiden, aber der Anfang, der immer das schwierigste ist, wurde gemacht. Industrie und Gewerbe machen davon bereits Gebrauch. Eine ganze Reihe von Projekten ist in Arbeit, und auch auf dem Gebiet der Abwässer aus Industrie und Gewerbe sind Jahr für Jahr Fortschritte zu verzeichnen.

Haupt Sorgenkinder sind, wie bereits erwähnt, unsere steirischen Zellulosefabriken, wo sich derzeit noch keine konkrete kurzfristige Lösung abzeichnet, was um so bedauerlicher ist, als wegen der erheblichen Auswirkungen dieser Abwässer die Fortschritte in der Abwasserreinigung auf anderen Gebieten zunächst nur wenig zum Tragen kommen. Das Schaumtreiben auf der Mur, dessen Ursache in den Abwässern der Zelluloseindustrie liegt, wird uns leider noch einige Zeit erhalten bleiben. Im Auftrag des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung wird derzeit an einer technisch-wirtschaftlichen Studie über die Abwässer der Zelluloseindustrie gearbeitet, von der wir uns Erkenntnisse über eine vertretbare Lösung dieses schwierigsten Problems der Abwasserwirtschaft in der Steiermark erwarten.

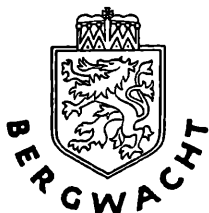
Für die behördliche Behandlung von Sand- und Schottergruben stehen ausgezeichnete Richtlinien zur Verfügung, die auch von den Behörden konsequent angewendet werden. Die Problematik liegt hier in der unzulänglichen Überwachung, deren Ursache der Mangel an Aufsichtspersonal ist. Ähnliches gilt für die Mülldeponien. Gemeinden, die über keine Deponieplätze mehr verfügen, sind früher oder später gezwungen, zur Kompostierung oder Verbrennung des Mülls überzugehen. Kapfenberg und Zeltweg haben hier Pionierarbeit geleistet. Auch in anderen Teilen der Steiermark, wie z. B. im Raume Aussee—Mitterndorf, Köflach—Voitsberg und Mürzzuschlag, sind bereits Vorarbeiten für Verbrennungsanlagen im Gange, wobei sich vernünftigerweise mehrere Gemeinden zusammentun. Das Land fördert solche Anlagen durch finanzielle Beiträge.

Die Gefahren für unsere Gewässer, die sich aus den vielen Mineralölnfällen ergeben, haben wir dank einer Reihe von Vorsorgen, eines funktionierenden Ölalarmdienstes, unserer erstklassig geschulten und erfahrenen Feuerwehren und Exekutivorgane sowie dank der Existenz einer Ausgleichsanlage im wesentlichen im Griff. Obwohl sich alljährlich eine ganz erhebliche Zahl von Mineralölnfällen ereignet — im zunehmenden Maß übrigens bei stationären Lagerungen vornehmlich von Heizöl —, haben sich als Folge solcher Unfälle bisher noch keine größeren unbehebbarer Mineralölschäden am Grundwasser ergeben. Hinweisen möchte ich auch auf die strengen Gewässerschutzmaßnahmen für die Adria—Wien—Pipeline und für die geplante Raffinerie in Lannach, wobei ich aber hervorhebe, daß im Gegensatz zu den Behauptungen der Mineralölwirtschaft primär keineswegs die behördlichen Vorschriften im Interesse des Umweltschutzes daran schuld sind, daß die Realisierung des Projektes der Raffinerie in Lannach ins Stocken geraten ist.

(Fortsetzung folgt)

Aus der Naturschutzpraxis

Ehrenwimpelverleihung und Auszeichnung verdienter Bergwächter



Der Idealismus und die Einsatzbereitschaft der Bergwächter eines Bezirkes kommen vor allem im Jahresbericht zum Ausdruck. Darüber hinaus haben auch die Funktionäre des Arbeitsausschusses des öfteren Gelegenheit, bei den Bezirkstagungen und sonstigen Bezirksveranstaltungen und Gruppeneinsätzen sich ein Bild über die Tätigkeit eines Bezirkes zu machen. Es ist daher jeder Vorschlag, welcher den Bezirkseinsatzleitern und Funktionären der Landesaufsicht beim Landestag zur Entscheidung vorgelegt wird, vorher im Arbeitsausschuß besprochen worden.

So war es auch beim letzten Mal, als am 8. Dezember 1970 die Anwesenden des Landestages einstimmig dem Vorschlag der Steiermärkischen Landesregierung zustimmten, dem Bezirk Feldbach für das Berichtsjahr 1969 den Ehrenwimpel zu verleihen.

In sehr würdiger und eindrucksvoller Weise wurde am Samstag, dem 6. März, durch den Landeskulturreferenten Landesrat Prof. Kurt Jungwirth im Grazer Landhaus diese Verleihung vorgenommen. Gleichzeitig wurden auch die Bergwächter Josef Krokfka, Leoben, Josef Schoberwalter, Judenburg, und Franz Ehgartner, Niklasdorf, für besondere Leistungen bei der Abwicklung der Bergwachtätigkeit durch den Landeskulturreferenten ausgezeichnet.

Prof. Jungwirth würdigte die Tätigkeit der Bergwächter der Steiermark und kam in seinen Ausführungen im besonderen auf die Leistungen der Bergwächter im Bezirk Feldbach zu sprechen, wobei die Aktivität zu einer starken Aufwärtsentwicklung der Bergwacht und zur Verbreitung des Naturschutzgedankens bei der Bevölkerung beitrug. Er überreichte dem Bezirkseinsatzleiter Gen.-Bez.-Insp. Diethardt im Jahre 1962 von Landeshauptmann OR. Josef Krainer gestifteten Ehrenwimpel und den ausgezeichneten Bergwächtern für deren beispielhaften Einsatz die Ehrenurkunden der Steiermärkischen Landesregierung. Mit dem Dank an die Anwesenden und dem Versprechen, sich stets für die Anliegen der Bergwacht zu verwenden, schloß der Landesrat seine Ausführungen.

Ob.-Insp. Minauf überreichte dem Bezirkseinsatzleiter Diethardt einen Feldstecher, welcher mit der Wimpelverleihung verbunden ist. Ein gemeinsam eingenommenes Mittagessen bedeutete die eindrucksvolle Zusammenkunft. An der Veranstaltung nahmen außer den Funktionären des Arbeitsausschusses und der den Wimpel abgebenden Einsatzstelle Murau auch der Vorstand der Rechtsabteilung 6 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung Wirkl. Hofrat Dr. Binder-Kriegelstein und Hofrat Dr. Curt Fossel teil.

M i n a u f

Jahrestagung in Graz

Die Bezirksjahrestagung der Grazer Bergwacht erfreut sich jedes Jahr eines regen Besuches. Nicht nur die Bergwächter mit ihren Ehegattinnen allein sind es, die diese Veranstaltung mit innerer Freude besuchen. Auch die Anwesenheit der vielen Ehrengäste beweist, daß man unserer Tätigkeit volle Achtung entgegenbringt. Kam. Minauf konnte daher bei der am 12. März im Saale der Grazer Brauhausrestauration durchgeführten Bezirksjahrestagung nicht nur die Bergwächter der Einsatzstelle und ihre Ehefrauen, sondern auch eine große Anzahl von Ehrengästen begrüßen, vor allem den Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz, Dipl.-Ing. Gustav Scherbaum, den Vertreter der Landesnaturschutzbehörde, Hofrat Dr. Curt Fossel, von der Bundespolizeidirektion Graz die Herren Oberstleutnant Neuhodl mit Gruppeninspektor Bressnigg, vom Osterreichischen Naturschutzbund die Herren Oberstaatsanwalt Dr. Cesnik, Hofrat Hübel und Helfried Ortner, von der Landesaufsicht die Kameraden Schalk, Steinberger und den Bezirkseinsatzleiter Breithofer mit dem Ortsstellenleiter Hofer aus Kalsdorf sowie die Vertreter von Presse und Rundfunk. Fünf Herren der Grazer Stadtkapelle, welche die Veranstaltung musikalisch umrahmten, wurden ebenfalls mit Dank willkommen geheißen.

Hauptzweck einer Jahrestagung ist vor allem, die Öffentlichkeit und die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde, in unserem Fall den Magistrat Graz, über die Tätigkeit der Bergwacht des Bezirkes im abgelaufenen Jahr zu unterrichten. Kam. Minauf zeigte in einem umfangreichen Bericht, der 2246 Einzel- und 205 Gruppeneinsätze erwähnte, in welchem Ausmaß die Bergwächter der Einsatzstelle ihre Freizeit in den Dienst der Allgemeinheit stellten. Die Zahl der abgenommenen Blumen mit und ohne Knollen war rückläufig, jedoch noch immer beachtlich. So wurden unter anderem aus dem Kofferraum eines Autos 2800 Frühlingsknotenblumen- und Schneeglöckchenknollen entnommen und dem Landeskrankenhaus Graz zur Einpflanzung in dessen Gelände übergeben. 30 Anzeigen wegen Verschmutzung der Landschaft und Befahrens von Wegen, die an Sonn- und Feiertagen mit einem Fahrverbot belegt sind, mußten leider von den Bergwächtern der Einsatzstelle erstattet werden. Darüber hinaus haben sich eine beachtliche Zahl von Bergwächtern an den

verschiedenen Aktionen des Europäischen Naturschutzjahres 1970 beteiligt. Unter anderem an der gemeinsam mit dem Städtischen Wirtschaftsfond durchgeführten Entrümpelungsaktion des Grüngürtels um Graz und an den Ausstellungen „15 Jahre Steirische Bergwacht“ in verschiedenen Orten der Steiermark und bei der Grazer Frühjahrsmesse 1970.

Bürgermeister Dipl.-Ing. Gustav Scherbaum sprach Worte des Dankes und der Anerkennung für die selbstlose Arbeit der Bergwächter und sicherte den Männern der Einsatzstelle zu, daß er sich stets für ihre Anliegen verwenden werde. So wird die Bezirkseinsatzstelle Graz noch in diesem Jahr eine Dienststelle erhalten, wo die Bergwächter ihre Besprechungen abhalten können. Außerdem erhält die Einsatzstelle einen Einsatzbus, da der bisher in Verwendung stehende VW-Bus nicht mehr den Anforderungen entspricht. Hofrat Dr. Fossil sprach über das abgelaufene Europäische Naturschutzjahr 1970, wobei die gewonnenen Erkenntnisse und die ergriffenen Maßnahmen zur Annahme berechtigen, daß dem gesamten Umweltschutz in weiten Kreisen der Bevölkerung und auch der verantwortlichen Mandatäre mehr Aufmerksamkeit als bisher entgegengebracht wird. Namens des Österreichischen Naturschutzbundes hob Doktor Cesnik in seinen Ausführungen die Leistungen der Bergwächter besonders hervor, da sie ausschließlich aus einer idealistischen Einstellung erfolgen. Kam. Schalk von der Landesaufsicht der Steirischen Bergwacht befaßte sich kurz mit den nächsten Aufgaben und kam dann auf die Probleme der Raumplanung und Gestaltung der Landschaft zu sprechen. Namens der Landesaufsicht dankte er den Bergwächtern für ihren Einsatz.

M i n a u f

Jahrestagung in Voitsberg

Am 7. November 1970 fand unter dem Vorsitz des Bezirkseinsatzleiters Gerhard Tripp die diesjährige Jahrestagung der Steirischen Bergwacht des Bezirkes Voitsberg im Saal des Hotels Gußmack statt. Er konnte begrüßen: Bezirkshauptmann ORR. Dr. Luitpold Poppmeier, OSTR. Prof. Dr. Winkler und ORR. Dr. Propst von der Steiermärkischen Landesregierung, den Vizebürgermeister der Stadt Voitsberg Hörmann, Bez.-Insp. Fraschi des Bezirksgendarmrielekommandos, FOI. Müller von der Bezirkshauptmannschaft Voitsberg, FOI. Minauf von der Landesaufsicht mit den Grazer Bergwächtern, die Ortsstellenleiter des Bezirkes und die Bergwachtleute des Bezirkes. Hierauf eröffnete Bezirkshauptmann ORR. Doktor Poppmeier die Versammlung und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Tagung einen so guten Besuch aufweist. Es folgte der Tätigkeitsbericht des Bezirkseinsatzleiters Gerhard Tripp für das Jahr 1969, dem zu entnehmen war, daß von den 5 Ortsstellen mit zusammen 69 Bergwachtmännern 227 Einsätze, davon 53 Gruppeneinsätze, mit etwa 2000 Dienststunden geleistet wurden. Das Faktum, daß keine Anzeige im Berichtsjahr notwendig war, zeigt, daß die stete Aufklärungsarbeit unserer Männer schon Früchte trägt. Die Einsätze wurden vorwiegend im Glein-, Stub-

und Hirscheggeralmgebiet, an den Stauseen und in den Niederungen des Bezirkes Voitsberg getätigt. Die Bestände der geschützten und ungeschützten Pflanzen sind dank der unermüdligen Einsatzbereitschaft der Bergwächter zufriedenstellend. Schlecht steht es um die Weidensträucher entlang der Packer Bundesstraße. Ein gezielter Einsatz zur Blütezeit ist hier dringend notwendig. Die Autotouristen nehmen auf unseren Almen stark zu. Ein Großteil davon kann sich noch nicht gehörlig benehmen! In Wäldern und Wiesen werden die Fahrzeuge abgestellt, Abfälle aller Art werden auf den Rasplätzen zurückgelassen, plärrende Radios stören die Ruhe, Almwegen werden trotz Fahrverbotstafeln immer wieder befahren. Beim Klara-Markt allein waren über 2000 Fahrzeuge auf der Stubalm!

Mit den Bergwächtern der Bezirke Judenburg und Knittelfeld wurde ein Dienstplan erstellt, der eine ständige Überwachung des Stubalmgebietes gewährleistet und sich schon gut bewährt hat.

Die Verunreinigung der Gewässer nimmt ständig zu. In den Randgebieten von Ortschaften werden Wälder durch Ablagerung von Urnat verunziert. Die Bürgermeister versprachen, uns im Kampf gegen die Umweltverschmutzung zu unterstützen. Auch gegen das „wilde“ Plakatieren treten einige Bürgermeister tatkräftig ein.

Die Zusammenarbeit mit der Gendarmerie ist als sehr positiv zu bezeichnen. Publikationen in der Lokalpresse und ein Dia in den Kinos helfen, den Naturschutzgedanken weiter in die Bevölkerung zu tragen. Ein dringendes Anliegen aller steirischen Bergwächter kam auch hier zur Sprache: die baldige Fertigstellung des Bergwacht- und des Naturschutzgesetzes. Die Arbeit im Bergwachtdienst würde damit wesentlich erleichtert. Nach dem Finanzbericht, den Kamerad Weber brachte, ergriff Prof. Dr. Winkler das Wort und ging auf den umfangreichen Bericht des Bezirkseinsatzleiters ein. Er sprach sich sehr lobend über die rege Tätigkeit im Bezirk Voitsberg aus. ORR. Dr. Propst erläuterte die Schwierigkeiten, die bis zur endgültigen Verabschiedung des Bergwacht- und des Naturschutzgesetzes zu überwinden waren bzw. noch sind, gab jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen möge, diese Gesetze so bald als möglich unter Dach und Fach zu bringen.

Nun nahm der Bezirkshauptmann ORR. Doktor Poppmeier die Angelobung neuer Bergwachtmänner vor. Es sind dies: Koretic, Köflach, Neuherz, Bärnbach, und Dkfm. Stangl, Voitsberg.

Gebietsleiter FOI. Minauf von der Landesleitung referierte über aktuelle Probleme der Steirischen Bergwacht und forderte alle Bergwächter auf, in ihrer Tätigkeit nicht zu erlahmen, um den immer zahlreicher heranrühenden Aufgaben gerecht werden zu können.

An der anschließenden Diskussion nahmen viele Bergwachtkameraden sehr regen Anteil. Nach der Pause brachte Gebietsleiter FOI. Minauf den Lichtbildervortrag „Ein Jahr mit der Bergwacht unterwegs“, in dem er ein anschauliches Bild über die Tätigkeit der Bergwacht während eines ganzen Jahres entwarf.

S t a n g l

Jakominiplatz 17/II

8010 G r a z

5 Stück

P. b. b.
Erscheinungsort Graz
Verlagspostamt 8010 Graz

Personelles

Titelverleihung

Der Bundespräsident hat mit Entschliebung vom 26. 2. 1971 dem Naturschutzreferenten beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung, ORR Dr. Curt F o s s e l, auszeichnungsweise den Berufstitel Hofrat verliehen.

Damit wurde ein Mann gewürdigt, der nicht nur im Behördennaturschutz, sondern auch in den Führungsgremien des ONB eine überaus aktive und maßgebliche Rolle spielt.

ONB-Pressedienst

Luftverschmutzung verändert Erdklima

Warnende Aussage auf dem geophysikalischen Jahreskongreß

Wenn die fortschreitende Luftverunreinigung nicht bald zum Stillstand gebracht wird, droht unserem Planeten noch vor dem Ende des 20. Jahrhunderts eine Erwärmung mit katastrophalen Folgen. Diese düstere Prognose stellte kürzlich der amerikanische Meteorologe Dr. J. Murray Mitchell auf dem Jahreskongreß der Geophysikalischen Vereinigung der USA in Washington. Der Mensch müsse so schnell wie möglich alles in seiner Macht Stehende unternehmen, um den überbevölkerten Planeten davor zu bewahren, daß sich durch das Freiwerden immer größerer Mengen von Kohlendioxyd und die „thermale Verschmutzung“ der Atmosphäre die Wetterverhältnisse auf der ganzen Welt grundlegend verändern. Es besteht die Gefahr, daß die antarktische Eisdecke schmelze und weite Gebiete der Erde überflutet werden.

Der Meteorologe glaubt, daß gewisse Klimaveränderungen auch dann eintreten werden, wenn der Mensch die Luftverschmutzung unter Kontrolle bringen kann, weil die Atmosphäre bereits mit derart viel Kohlendioxyd und Wärme angereichert ist, daß der befürchtete „Glashauseffekt“ kaum mehr zu verhindern sein werde.

Für die Wärmeverunreinigung der Atmosphäre sind nach Angaben des Wissenschaftlers in erster Linie die konventionellen und die Kernkraftwerke verantwortlich. Die Kohlendioxydverpestung wird durch die Verbrennung von Erdölprodukten verursacht. Noch habe der Mensch das Gleichgewicht der Natur

nicht ernstlich stören können, um die klimatischen Bedingungen entscheidend zu beeinflussen, doch spräche nalle Anzeichen dafür, daß sich unser Planet vor einer gefährlichen Erwärmungsperiode befinde, die in 200 Jahren die Erdtemperatur um zehn Grad hinauf treiben dürfte. Bereits zwischen 1880 und 1940 habe sich die Temperatur der nördlichen Hemisphäre um ein Grad erwärmt, doch sei die Ursache hierfür unbekannt.

(„Salzburger Nachrichten“, 27. 4 1970)

Erde kann 8 Mrd. Menschen ernähren

Die für das Jahr 2000 geschätzte Weltbevölkerungszahl von acht Milliarden ist nach Ansicht eines prominenten amerikanischen Biologen das absolute Maximum, das die Erde ernähren kann. Jede weitere Vermehrung der Menschheit, so führte soeben Dr. Barry Commoner auf einem Fachkongreß in Boston aus, werde zu einer Zerstörung der menschlichen Zivilisation führen. Commoner ist der Direktor des biologischen Institutes der Washington-Universität in St. Louis. Seiner Ansicht nach könnte die Erde mehr als 8 Mrd. Menschen unter keinen Umständen mehr ernähren. Möglicherweise werde für mehr als 8 Mrd. Menschen auch die Luft zum Atmen zu knapp werden. Der Wissenschaftler appellierte an die unterentwickelten Länder, der Bevölkerungsexplosion so bald wie möglich Einhalt zu gebieten, da es in 20 bis 30 Jahren sonst zu einer Katastrophe kommen könnte.

Und bei uns?

In Schweden wird die Verschmutzung der Natur durch Abfälle mit 500 Kronen (etwa 380 DM) bestraft. Außerdem muß der Uebel-täter die Kosten für die Säuberung tragen . . .

Unmenschlich!

Deutsche und französische Wissenschaftler bezeichneten die heute üblichen „Mietskasernen der Wohlstandsgesellschaft“ als untraglich: „Sie bieten den Menschen Unterschlupf, aber keine seelische Zuflucht. Sie sind Unmenschlich!“ Erinnern wir uns noch, wie sehr früher und nicht mit Unrecht die Mietskasernen der Kaiserzeit kritisiert wurden? Was und wie man heute baut, stellt sie weit in den Schatten!

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesgruppe Steiermark des Österreichischen Naturschutzbundes. Die Herausgabe erfolgt in Zusammenarbeit mit der Kulturabteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung. — Schriftleitung: Dr. Heribert H o r n e c k; für den Inhalt verantwortlich: Dr. Curt F o s s e l; beide Graz, Hofgasse 13, Tel. 76-3-11, Nbst. 730. — Das Blatt erscheint sechsmal jährlich. Druckkostenbeitrag für Einzelbezieher S 2.— pro Heft oder S 12.— für den ganzen Jahrgang; Einzahlungen an Postcheckkonto 4840 für Girokonto 8798 „Naturschutzbrief“ der Steierm. Sparkasse in Graz.
Druck: Steierm. Landesdruckerei, Graz. — 1094-71

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Naturschutzbrief - Natur und Landschaftsschutz in der Steiermark](#)

Jahr/Year: 1971

Band/Volume: [1971_62_2](#)

Autor(en)/Author(s): diverse

Artikel/Article: [Naturschutzbrief 1971/62 1-16](#)